Eskalation der Verzweiflung

Nachdem die US-Aggressoren in Indochina nach Strich und Faden geschlagen werden und sich die sogenannte "Vietnamisierung" des Krieges, also Vietnamesen gegen Vietnamesen und später dann Indochinesen gegen Indochinesen kämpfen zu lassen als glatte Pleite erwiesen hat, glaubt Nixon in typischer Nazimanier, mit der Wiederaufnahme der Bombardiereung in Nordvietnams die Völker Indochinas erpressen zu können.

Hätten die Ratgeber Nixons etwas gründlicher nachgedacht, hätten ihre Computer etwas besser gerechnet, so wäre "Führer" Nixon daraufgekommen, daß weder terroristische Bombardierungen noch noch die massivsten Drohungen die Völker Indochinas in die Knie zwingen können. Jeder Tag Krieg, ob mit oder ohne Bombardierung. ob in Vietnam , ob in Kambodscha oder Laos, hat die US-Imperialisten , egal ob unter der Führung von Kennedy oder Nixon, einen Schritt näher zur vollständigen Niederlage gebracht. Auch die verlogene Heuchelei "vernüftige Friedensverhandlungen" zu führen, hat die Entschlossenheit der Völker Indochinas, den amerikanischen Aggressoren den Garaus zu machen, nicht schwächen können.

Der Ministerpräsident Nordvietnams erklärte in diesem Zusammenhang einem Korrespondenten der französischen Zeitung "Le Monde" folgendes: "Die amerikanischen Bombenflüge - wir sind sie gewohnt...Unserer Ansicht nach folg dieser Krieg einer unbarmherzigen Logik, die uns wunderbar nützt. Wir haben die Dialektik dieses Entwicklungsprozesses klar erkannt und darauf unsere Strategie aufgebaut: Es ist der langdauernde Krieg, es ist der Volkskrieg..."



Dies alles kann weder Nixon noch das Weiße Haus noch der Pentagon begreifen. Es ist die Logik unserer Epoche, in der die Unabhängigkeit der Völker keine bloße Phrase ist. Es ist die Epoche des Niedergangs des Imperialismus inklusive des amerikanischen.

Die Erpressung ist also gescheitert ehe sie noch richtig begonnen hat, und die aus dieser Erpressung resultierenden Rüstungsausgaben werden die USA-Monopolherren nicht mehr aus der Wirtschaftskrise, die sich immer mehr vertieft, retten können.



"Wann werden diese Vietcongs begreifen, daß wir frei und unabhängig sein wollen"

Wir wollen unsere Leser, Freunde und Genossen in den westlichen Bundesländern darauf hinweisen, daß sie sich mit Fragen und Zuschriften auch an unsere Organisation in Vorarlberg wenden können. Die Adresse lautet:

VRA Vorarlberg
6923 Lauterach, Postfach 66

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße Nr. 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.
P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.



Für die VOLKSMACHT

Früher: „Der Kommunist"

Jänner 1971
Nummer 47

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

Für ihre Pleite sollen wir zahlen!

Österreich "moderner" zu machen, versprach der "teamchef" unserer Regierung, Kreisky. Freilich hat sich ein Großteil seiner Wähler vom 1. März 1970 etwas anderes darunter vorgestellt, als Kreisky jetzt praktiziert. Denn an Kreisky ist nur eines modern: Seine politischen Betrugsmanöver im Interesse des Großkapitals entsprechen der modernsten Fassung, die man sich vorstellen kann, sie waren gewissermaßen "noch nicht da"!

Ansonsten bietet sich den arbeitenden Menschen das gewohnte Bild einer immer noch steigenden Ausplünderung durch die Geldsäcke, Profitpolitik des Monopolkapitals in Reinkultur.

Als wir zum Boykott des Schwindels der Nationalratswahlen aufriefen, haben wir erklärt, daß SPÖ und ÖVP gleichermaßen Parteien des Kapitals sind, ihre Politik dessen Interessen unterworfen ist. Wir haben gesagt, daß Kreisky der bessere Klaus ist, und nicht ganz ein Jahr danach zeigt sich das bereits ganz deutlich. Wir haben also recht gehabt.

Höchstprofite für die Monopole! Das ist die Parole, unter der in Österreich nach wie vor Politik gemacht wird. Ganz gleich ob da wirtschaftlich "Konjunktur" herrscht oder die "Krise" beschworen wird. Rettungslos in die Widersprüche der kapitalistischen Mißwirtschaft verstrickt, versuchen die Wirtschaftsbosse der Millionäre diesem Streben nach immer höheren Profiten nachzukommen.

Gegenwärtig wird uns wieder ein "Wellental" angekündigt. Ausgehend von Amerika greift die Stagnation der Wirtschaft zugleich mit ständig stärker werdender Geldentwertung (Inflation) in der ganzen kapitalistischen Welt um sich. Österreich, dessen Abhängigkeit von den internationalen Monopolen koloniales Ausmaß erreicht hat, ist davon auf keinen Fall ausgenommen.

Ob Krise oder nicht, der Profit der Kapitalisten muß absolut gesichert werden. In Österreich ist man also ans Werk gegangen. Günstige Gelegenheit massiv zu beginnen war der Beginn eines neuen Jahres. Und so haben sich nacheinander die Industriellenvereinigung, Gewerkschaftsboss Benya, Bundespräsident Jonas und - seinen "Ärger" über die SP-Regierung "vergessend", indem er ihr ÖVP-Unterstützung versprach - sogar auch Klubobmann Koren zu Wort gemeldet und verkündet, daß die Zeit des "süßen Lebens" für die Arbeiter momentan vorbei sei und nun die Notwendigkeit bestehe," nicht mehr zu fordern, sondern mehr zu leisten". Und die Rolle des Retters spielt Halbgott Kreisky, dem von allen Seiten für seine "Bemühungen", die "Schwierigkeiten" zu meistern, höchstes Lob gezollt wird, der natürlich aber

auch nicht über seinen Schatten springen könne. Weil es die Masse der österreichischen Arbeiter ist, die die "Schwierigkeiten" auf sich nehmen soll, um die Profite der Kapitalisten zu sichern, weil das Vertrauen der Arbeiter zur SPÖ und zu Kreisky im Interesse des Betrugs unbedingt aufrecht bleiben soll, tönen von allen Seiten die Schalmeien der kapitalistischen Rattenfänger.

Was soll das, wenn Benya namens der Gewerkschaft erklärt, er werde sich bemühen die kommende Erhöhung der Preise "nicht über fünf Prozent hinausgehen" zu lassen? Das ist doch nur die Vorbereitung darauf, daß weit höhere kommen werden. Diese Art von "Ankündigungen" kennen wir ja bereits. Indem er nichts von einer Abgeltung dafür durch Lohnerhöhungen sagt, legt Benya damit die Haltung der Gewerkschaft klar. Nämlich, daß von ihr nichts zu erwarten ist. (Was die Arbeiter ja zum Großteil bereits wissen.)

Aber die "Lohnrunde" 1970 war ohnehin kärglich genug. Erstens kamen dabei nicht alle Arbeiter zum Zug - gerade die wirtschaftlich am schlechtesten gestellten blieben wieder übrig -, diese "Lohnrunde" war zweitens völlig ungenügend, weil sie in keiner Weise der enorm gestiegenen Arbeitsleistung und den Preiserhöhungen entsprochen hat.

Was soll das, wenn Kreisky meint, man solle die Inflation - "Geldverdünnung" nennt er sie - zur Kenntnis nehmen, da er lieber die "Arbeitsplätze gesichert" wissen wolle? Nichts anderes will er da an den Mann bringen, als die Drohung mit der Arbeitslosigkeit. Er will die arbeitenden Menschen zum Kuschen bringen, um der Industrie Riesenprofite zu sichern.

Was geht uns arbeitende Menschen aber dieser erbärmliche Dreck der kapitalistischen Mißwirtschaft an? Wir haben doch überhaupt nichts zum reden. Die Schufterei für uns wird immer mehr, egal ob Konjunktur oder Krise. Was uns als "gehobener Lebensstandard" eingeredet wird, ist ja nur ein Bruchteil dessen, was uns gebührt. Kein Auto, keine Urlaubsreise, keine Waschmaschine oder sonst etwas darf uns darüber hinwegtäuschen, daß wir gerade genug bekommen, um in Konjunkturzeiten durch noch und noch Arbeit dem Geld zur Anschaffung all dieser Dinge nachzurennen und um in Krisenzeiten dann vor lauter Angst darum wie Sklaven zu gehorchen. Den Löwenanteil des Werts unserer Arbeit nehmen sie uns doch weg!

Wir meinen, daß es einmal genug sein muß! Nichts mehr für euch ihr Herrschaften, die ihr auf unsere Kosten euch mästen wollt!
Wollen wir das durchsetzen, müssen wir uns gegen diese neuen, verschärften Anschläge zur Wehr setzen. Wir dürfen nicht auf die Bonzen hören, die uns längst verraten haben. Wir müssen den Kampf für unsere Interessen in unsere eigenen Hände nehmen.

STUDIEREN WIR MAO

Nun existiert auch in Kärnten eine Organisation der VRA.

Das ist ein großer Erfolg des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen. Warum? Weil im langwierigen Ringen mit vielerlei "Ideologien" unsere Genossen in Kärnten zu der entscheidenden Schlußfolgerung gekommen sind
kamen: Für die arbeitenden Menschen gibt es nur eine Ideologie, nämlich den auf das höchste Niveau erhabenen Marxismus-Leninismus, das sind die Ideen Mao Tsetungs.

Damit beweist sich, daß wir auch unter schwierigsten Bedingungen siegreich sein können. Zwar ist der Klassenfei[illegible] noch in der Lage, viele potentiell revolutionare Kräfte vom richtigen Weg abzuhalten, durch die konkrete Anwendung der Ideen Mao Tsetungs können wir ihn aber immer mehr zurückschlagen und den Weg des Sieges gehen.

Wir leben in der Zeit, in der die kapitalistische Gesellschaftsordnung ihrem endgültigen Untergang entgegengeht. Dazu bedarf es aber des revolutionären Kampfes und wir müssen zu jeder Zeit in der Lage sein richtig zu handeln.

Unser unentbehrlicher Wegweiser sind die Ideen Mao Ts[illegible]tungs, zu deren verstärktem Studium im Jahre 1971 wir alle Genossen und Freunde aufrufen!

A C H T U N G !

Wichtige Literaturneuerscheinung

Die Große Proletarische Kulrevolution. (Wichtige Dokumente)

Preis: S 8.--

Bestellung an unsere Adresse 1205 Wien, Postfach 3 richten

VRA-LANDESGRUPPE KÄRNTEN GEGRÜNDET

ERKLÄRUNG

Bei uns in Kärnten entsteht eine VRA-Landesorganisation. Wie es zur Gründung der VRA-Kärnten gekommen ist, wollen wir kurz schildern.

Unsere praktische Tätigkeit in der Bevölkerung und unsere fortschreitende ideologische Festigung hat uns den Weg gezeigt, den wir heute gehen. Keineswegs standen wir schon von Anfang an auf einer klaren ideologischen Grundlage, da uns vor allem ältere kampferfahrene Genossen fehlen. Allen Einflüssen von aussen her ausgesetzt, schwankten wir in sehr vielen Richtungen.

Zuerst übte die Studentenbewegung einen starken Einfluss auf uns aus. Wir verfielen in den Trugschluss von Marcuse und Co. und verleugneten die Rolle der Arbeiterklasse als gesellschaftsverändernde Kraft. Wir sahen einzig und allein in einer intellektuellen Elite eine revolutionäre Kraft. Wir sind vorbeigegangen an der historischen Tatsache, dass es ohne Proletariat keine sozialistische Revolution geben kann, da die Arbeiterschaft, die produktivste und daher die am meisten ausgebeutete Klasse ist.

Unsere Ablehnung jeder Organisierung führte zu anarchischen Aktionen (meist Flugblattaktionen), die untereinander in keinem Zusammenhang standen, kein konkretes Ziel verfolgten, als auch jeder ideologischen Grundlage entbehrten. Stellte sich nach den Aktionen nicht der gewünschte Erfolg ein, zogen wir uns zurück und waren nicht bereit, konsequent und unbeirrt den Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse zu verfolgen.

Als wir dann aber in der Praxis erkannten, dass mit intellektueller Glasturmsteigerei und unverständlichem Geschwätz nichts erreicht werden kann, lenkten wir unsere Aufmerksamkeit auf die Kommunistische Partei Österreichs. Nach der Teilnahme an einer Wahlkampagne für die KPÖ und nach langen internen Diskussionen mussten wir einsehen, dass wir im Sinne der bürgerlichen Parteien gearbeitet haben, weil wir uns mit dem bürgerlichen Parlament einverstanden erklärten, nicht durchschauten, dass das Parlament nichts anderes als eine Kulisse für die Herrschaft des Kapitals, ein verschleiertes Machtmittel der Herrschenden zur Durchsetzung ihrer ausbeuterischen Ziele ist. In diesem Zusammenhang wurde für uns auch die Rolle der KPÖ klar. Der Hauptinhalt ihrer Politik ist die Erringung eines Sessels im bürgerlichen Parlament. Zusätzlich schwafelt die KPÖ von einem friedlichen Weg zum Sozialismus. Jedem klar und ehrlich denkenden Menschen muss das als eine haltlose Illusion erscheinen. Die Herrschenden werden nie von selbst ihre Positionen verlassen. Jede für das System gefährlich werdende Arbeiterbewegung wird mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unterdrückt.

Im Sommer vorigen Jahres kamen wir mit der sogenannten "Sektion 6" in Kontakt. Das ideologische Chaos und der blinde Aktionismus, die im Dienste der Sozialdemokratie arbeiten, war von uns nach einiger Zeit durchschaut. Diese Gruppe sieht die Gefahren des kapitalistischen Systems nur in den Reihen der Nazis, kein Wort von den ausbeuterischen Produktionsverhältnissen und von der systemerhaltenden Rolle der SPÖ.

Die Festigung und Konsolidierung unserer Gruppe wird uns sicher noch viele Schwierigkeiten bereiten, da wir vorwiegend aus Jugendlichen bestehen. Überzeugt, dass alle diese Probleme eine Lösung finden werden und dass der Marxismus-Leninismus, die Mao Tsetung-Ideen letztlich siegreich sein werden, beginnen wir unsere Tätigkeit als Landesgruppe Kärnten der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs.

Zur Klassenanalyse der Angestellten

Unsere Vorarlberger Landesgruppe hat in ihren Diskussionsversammlungen sowie in den ständigen Aussprachen der einzelnen Genossen mit ihren Arbeitskollegen unter anderem ein ebenso wichtiges wie vielschichtiges Problem erörtert, nämlich: die Klassenbeziehungen zwischen Arbeitern und Angestellten. Dabei zeigte sich auch, wie aktuell und lebensnah eine Diskussion wird, wenn wir sie mit neuen Genossen oder mit Kollegen im Betrieb über ihre Ansichten und Probleme führen.

Die Frage der Angestellten bzw. der Bürokraten spielt in den Betrieben anscheinend eine nicht unwesentliche Rolle. Deshalb kommt in Diskussionen mit Arbeitern unserer Haltung in dieser Frage, unserer Politik diesen Schichten bzw. Gruppen gegenüber eine enorme Bedeutung zu. Am Ende der Diskussionen erzielten wir eine fast völlige Übereinstimmung. Anfangs war das jedoch nicht ganz leicht.

Es wurde vorgebracht, daß die Arbeiter nicht besonders (oder nicht immer) auf die Angestellten gut zu sprechen seien: deren Tätigkeit wäre "sowieso zum größten Teil überflüssig", sie wären "nur Schmarotzer an unserer produktiven Arbeit" usw. Was wiederum die Angestellten betrifft, so gebe es bei ihnen wenig Bereitschaft, sich für Fragen der Revolution und der Arbeitermacht zu interessieren, in ihren Vorstellungen sei vielmehr bestenfalls ein bürokratisches Machtstreben vorhanden, so daß sie nach der Revolution zu einer neuen Klasse würden, die über die Arbeiter herrscht, wie dies in den ehemals sozialistischen Ländern der Fall ist, wo die revisionistischen Verräter die Macht an sich gerissen haben.

Dem wurde entgegengehalten, daß die Kategorie "Angestellte", wie sie nach dem bürgerlichen Recht in Österreich klassifiziert wird, keineswegs sozial einheitlich ist. In der Grundsatzerklärung der VRA wird bei der Analyse der Klassenverhältnisse im heutigen Österreich deutlich zwischen drei Gruppen von "Angestellten" unterschieden:

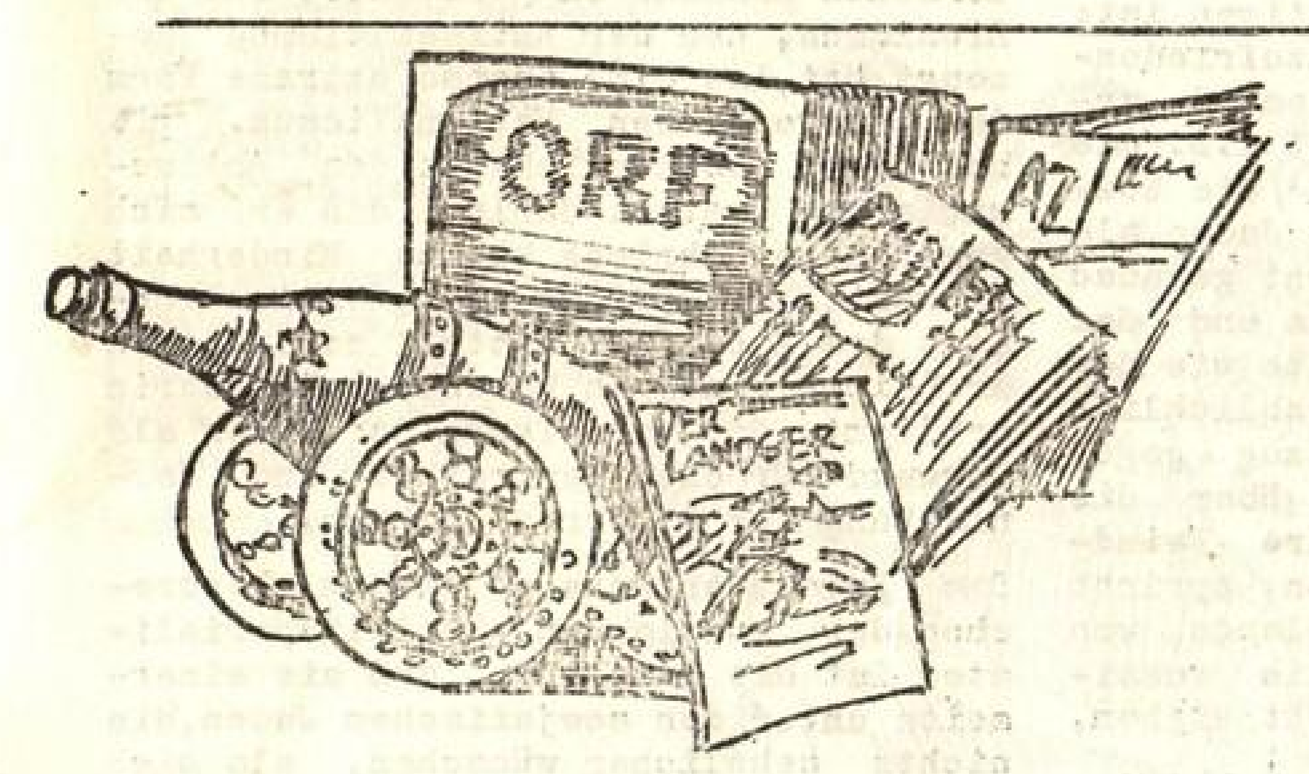
a) den "gewöhnlichen" (oder einfachen, untergeordneten) Angestellten, welche die große Mehrheit ausmachen,
b) einer klassenmäßig zu den Mittelschichten gehörenden Schichte von "leitenden Angestellten" (mittlere Funktionsstufe), die "nur einen geringfügigen Prozentsatz" beträgt, und
c) einer bloß einen "verschwindenden Bruchteil" darstellenden Gruppe von großen Managern und hohen Bürokraten, die, obwohl der Großbourgeoisie zuzurechnen, von der amtlichen Statistik als "Angestellte" geführt werden.

In den Diskussionen wurde betont, daß wir vor allem von unseren eigenen Bedingungen ausgehen müssen. Daher steht an erster Stelle die Frage: Wer gehört zu uns? Mit wem müssen wir uns verbünden? Gegen wen haben wir zu kämpfen? Generaldirektoren, Bankpräsidenten, Sektionschefs und sonstige unmittelbare Stellvertreter oder Sachwalter der Monopolbourgeoisie gehören natürlich als bürokratische Kapitalisten zu unseren Klassenfeinden, die wir kompromißlos und bis zu Ende bekämpfen müssen. Angestellte, die dem Kleinbürgertum zuzurechnen sind - wie Ingenieure, Buchhalter, Werkmeister sowie auch Lehrer, Spitalsärzte, mittlere Beamte im Staats- und Gemeindedienst u.ä. -, müssen wir zu Verbündeten im Kampf gegen das Monopolkapital machen, ähnlich wie die selbständigen kleinbürgerlichen Schichten in der Stadt und die Kleinbauern und wirtschaftlich schwachen Mittelbauern auf dem Land. Die Masse der unteren Angestellten (Verkäufer im Einzelhandel, einfache Postbedienstete und sonstige Schalterbeamte, Laboranten und sonstige Techniker, Stenotypistinnen und sonstige untergeordnete Bürokräfte etc.) gehören aber klassenmäßig zu uns, und wir müssen uns eng mit ihnen verbinden. Sie besitzen ebensowenig wie die Arbeiter Produktionsmittel, werden ebenso wie diese kommandiert und ausgebeutet, ihr Einkommen entspricht dem Durchschnittsverdienst der manuellen Arbeiter. Da sie sich aber in ihren Arbeitsbedingungen und ihrer Lebensweise meistens von den manuellen Arbeitern unterscheiden (man nannte sie deshalb früher "Stehkragenproletarier") und viel öfter und enger mit Vertretern der herrschenden Klasse in Berührung kommen, unterliegen sie auf mannigfache Weise deren Einfluß. Deshalb bilden notwendig die produktiven Arbeiter, vor allem das Industrieproletariat, das tragende Rückgrat des Proletariats und müssen sein führender Kern sein!

Wir müssen auch unterscheiden zwischen solchen Schmarotzern, deren Funktion nur darin besteht, den Kapitalisten bei der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen zu helfen (wie Zeitnehmer, "Arbeitsplatzbewerter" und ähnliche Antreiber in den Betrieben sowie Polizisten, Gendarmen u.dgl.), und solchen Angestellten, deren Zahl zwar im Vergleich zu den produktiven Arbeitern im heutigen verfaulenden Kapitalismus unverhältnismäßig stark ansteigt, die aber dennoch grundsätzlich eine nützliche Funktion ausüben. Wir meinen hier vor allem die Angestellten im Handel und in ähnlichen Branchen, welche infolge des chronischen und ständig wachsenden Absatzproblems maßlos aufgebläht werden, so daß heute schon mehr als ein Drittel aller "Unselbständigen" als Angestellte geführt werden, während es vor einigen Jahrzehnten noch kaum ein Viertel waren. Sollen wir da zulassen, daß der Klassenfeind die Kluft, die er zwischen der Grundmasse der Angestellten und den Arbeitern aufreißt, immer mehr vertieft? Sollen wir übersehen, daß die Angestelltenmasse selbst immer mehr proletarisiert wird und den Angriffen des Kapitals ausgesetzt ist (z.B. durch Automatisierung)?

Wenn wir die Angestellten der Beeinflussung durch den Klassenfeind überlassen und uns um ihre Sorgen und Nöte nicht kümmern, dann besteht die Gefahr, daß wir sie faschistischen Kräften zuführen. Wir dürfen sie also nicht für unsere Sache "abschreiben", sondern müssen sie umgekehrt durch geduldige Diskussionen und Analysen davon überzeugen, daß die Sache der sozialistischen Revolution und der Arbeitermacht auch ihre ureigene Sache ist.

Letzten Endes beruhen die Widersprüche zwischen Arbeitern und Angestellten auf der alten Arbeitsteilung, auf dem uralten Gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit. Im Sozialismus gilt es, durch Fortsetzung der sozialistischen Revolution unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats diesen Gegensatz allmählich aus der Welt zu schaffen. Die Revisionisten taten das Gegenteil: Unter der Maske von "Angestellten" entwickelten sich die Manager und Bürokraten zu einer neuen Bourgeoisie, die dem Volk die Macht entrissen und es wieder versklavt hat. In jenen Ländern aber, die dem Marxismus-Leninismus treugeblieben sind, wie China und Albanien, wird im unermüdlichen Klassenkampf gegen die bürgerliche Ideologie und ihre Vertreter (die konterrevolutionären Revisionisten) dieser Gegensatz immer mehr gemildert. Dies geschieht dadurch, daß die leitenden Funktionäre regelmäßig an der kollektiven Produktionstätigkeit teilnehmen, daß die Jugenderziehung im Sinne einer unlöslichen Verbindung von Unterricht und praktischer Arbeit umgestaltet wird, daß Arbeiter, die leitende Funktionen erhalten, ihren Kontakt zu ihren Arbeitskollegen auf lebendige und tätige Weise aufrechterhalten, daß in allem und jedem die Arbeiterklasse die Führung in der Hand hat.



Gefährliche Werkzeuge der Reaktion!

Gesetzlich erlaubter Schmutz und Schund. Verwendet um die arbeitenden Menschen irrezuführen und sie vom berechtigten Kampf für ihre Interessen abzuhalten.

Revisionismus und Antisemitismus

Die Prozesse gegen "nationalbetonte" Juden in Rußland beweisen wieder einmal die Richtigkeit der Feststellung, die wir vor fast drei Jahren in einem Grundsatzartikel getroffen haben: Die revisionistische Abkehr vom Marxismus-Leninismus bedeutet zugleich eine Wendung vom proletarischen Internationalismus zum Großmachtchauvinismus und bürgerlichen Nationalismus. (Siehe "Der Kommunist", Nr. 13, S.9-11)

Ebenso wie unter den Zaren die imperialistische Expansionspolitik nach außen mit einer Unterdrückung der nationalen Minderheiten im Innern einherging, ist auch die von den neuen Zaren im Kreml hochgepeitschte antisemitische Welle ein Gegenstück zur großmachtchauvinistischen Hetze gegen die Volksrepublik China. Und ebenso wie damals geht es auch heute darum, die Empörung der ausgebeuteten Massen von ihren Ausbeutern abzulenken. Wie aktuell mutet doch an, was Lenin vor fast genau 70 Jahren (im Dezember 1900) schrieb, als Rußland (zusammen mit sieben anderen "Mächten", darunter Österreich-Ungarn) einen Raubkrieg gegen China beendete:

"Aber die Politik der Zarenregierung in China stellt nicht nur eine Verhöhnung der Interessen des Volkes dar - sie ist auch bestrebt, das politische Bewußtsein der Volksmassen zu korrumpieren. Die Regierungen, die sich nur durch die Macht der Bajonette halten, die stets genötigt sind, die Volksempörung einzudämmen oder zu unterdrükken, haben seit langem die Wahrheit erkannt, daß die Unzufriedenheit des Volkes durch nichts zu beseitigen ist; man muß versuchen, diese Unzufriedenheit von der Regierung auf jemand ander's abzulenken. Man schürt z.B. die Feindschaft gegen die Juden: die Boulevardpresse hetzt gegen die Juden, als ob der jüdische Arbeiter nicht genauso unter dem Druck des Kapitals und des Polizeiregimes zu leiden hätte wie der russische Arbeiter. Augenblicklich führt die Presse einen Feldzug gegen die Chinesen, man schreibt über die barbarische gelbe Rasse, ihre Feindschaft gegen die Zivilisation, spricht von kulturellen Aufgaben Rußlands, von der Begeisterung, mit der die russischen Soldaten in die Schlacht ziehen, usw."

Aber in einem unterscheiden sich die neuen Zaren von den alten: sie tarnen ihre imperialistische und chauvinistische Politik mit "sozialistischen" Phrasen. Eben ein solches Gehaben nannte Lenin seinerzeit "Sozialimperialismus". Auch ihre antisemitischen Exzesse kleiden sie in ein "sozialistisches" Phrasengewand, und so manches leichtgläubige Mitglied einer revisionistischen Partei fällt ihnen darauf hinein. Das ist aber durchaus charakteristisch. Schon Engels hatte, als er antisemitische Verirrungen in der Wiener Sozialdemokratie kritisierte (April 1890), festgestellt, daß der Antisemitismus "nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel dient". Wie haargenau das doch auch auf die russischen Renegaten von heute zutrifft!

Die Sache hat aber auch ihre andere Seite. Ein Nationalismus fördert den anderen. Der Großmachtchauvinismus der russischen Revisionisten fördert - wie wir schon in dem obenerwähnten Artikel zeigten - den bürgerlichen Nationalismus in den kleineren Ländern, in welchen die Revisionisten die Macht ursupiert haben. Der Antisemitismus ist eine "extreme Form des Rassenchauvinismus", das "gefährlichste Überbleibsel des Kannibalismus", wie Stalin in einem Interview am 12. Jänner 1931 exakt definierte. (Stalin wird zwar von unseren Klassenfeinden einer angeblichen Judenfeindschaft bezichtigt, hat aber in Wirklichkeit schätzungsweise anderhalb bis zwei Millionen Juden durch planmäßige Rettungsaktionen vor den Hitlerschen Gaskammern gerettet.) Und der Zionismus, den der Antisemitismus gezeugt hat, ist eine ebenso extreme Form des bürgerlichen Nationalismus. Die besondere Abscheulichkeit des Antisemitismus besteht darin, daß er sich gegen eine wehrlose kleine Minderheit richtet; die ebensolche Abscheulichkeit des Zionismus besteht darin, daß er seinen einzigen Wesensinhalt darin erblickt, die Verfolgung der Juden als Vorwand für die Vertreibung und Vernichtung der Araber zu nehmen.

Das Ungeheuerliche an diesem Verbrechen der russischen Sozialimperialisten ist die Tatsache, daß sie einerseits unter den sowjetischen Juden, die nichts sehnlicher wünschen, als sich

zu assimilieren, künstlich einen perversen Nationalismus (eben den Zionismus) erzeugen, andererseits sie eben deswegen vor Gericht stellen und verfolgen; daß sie einerseits ihren Antisemitismus (dessen wahre Beweggründe wir im obigen Lenin-Zitat aufgezeigt haben) als "Kampf gegen den Zionismus" ausgeben, andererseits selbst-wie die "Volksstimme" in ihrem eifrigen Bestreben, die Kreml-Renegaten reinzuwaschen, ausplaudert - tausende Juden gegen Zahlung harter Devisen durch die israelischen Zionisten bzw. ihre amerikanischen Hintermänner nach "Israel" verfrachten, wohl wissend, daß sie dort für den Kampf gegen die arabische Bevölkerung mißbraucht werden. (Genauso kollaborierten die Hitlerfaschisten mit den Zionisten in den dreißiger Jahren!)

Wenn die "westlichen" Imperialisten den revisionistischen Antisemitismus für ihren Konkurrenzkampf mit den sozialimperialistischen Rivalen ausnützen, so haben diese es sich selbst zuzuschreiben.....

HANDLANGERDIENST FÜR DEN FASCHISMUS

Die Spaltung der arbeitenden Menschen war seit jeher im Interesse der kapitalistischen Geldsäcke. Aus historischen Gründen war es besonders leicht, Arbeiter und Bauern am Kampfbündnis zu hindern. Wohlgemerkt! Die Bauern, die wir als unsere Kampfgefährten betrachten, das sind die Kleinbauern und jene Mittelbauern, deren Existenz aufs Äußerste bedroht ist, die oftmals weit schlechter gestellt sind als Arbeiter, wenn sie nicht in der Lage sind, einen Nebenerwerb in einen Betrieb zu finden.

Wir wissen schon: Wenn die ÖVP demagogisch "Forderungen" anmeldet, daß dies im Interesse der Großbauern und Gutsbauern geschieht. Das beweist sich am besten, wenn gemeinsam mit der SPÖ etwas durchgeführt wird. Da hat der Kleinbauer am wenigsten davon. Aber die Art, wie die SPÖ-Regierung gegenwärtig versucht, längst eingeplante Preiserhöhungen bei Milch, Butter und Brot zur Spaltung der notwendigen Kampffront zwischen Arbeitern und Kleinbauern zu benützen, ist äußerst gefährlich. Für die Arbeiter sollen die Bauern (deren überwiegende Mehrheit eben Kleinbauern sind, die um ihre Existenz ringen) die Schuldtragenden an den Preiserhöhungen sein, für diese Kleinbauern wieder die Arbeiter (die sich - berechtigt - gegen Preiserhöhungen wenden) die Ursache sein, daß sie für ihre Arbeit nichts bekommen. Kein Wort davon, daß tatsächlich die Großmolkereien, die Großbetriebe der Lebensmittelindustrie, der Zwischenhandel, die Großbauern, Gutsbesitzer und Mühlenbesitzer diejenigen sind, die einerseits durch Preiserhöhungen, andererseits durch hochmechanisierte Betriebsmittel Millionen scheffeln. Das ist deswegen gefährlich, weil diese kleinen und mittleren Bauern der faschistischen Demagogie ausgeliefert werden, der sie leicht unterliegen können, wie Geschichte bereits bewiesen hat. Die SPÖ-Führung dokumentiert auch hier ihre Rolle im Dienste des Großkapitals.

" Kein Grund zur Aufregung, meine Herren Offiziere. Kreiskys Bundesheerreform läuft so wie wir es wünschen".



Wir diskutieren über die "Bundesheerreform" am 5. Februar um 19 Uhr in unserem Heim in Wien 8., Schönborngasse 6

Diskutiert mit!

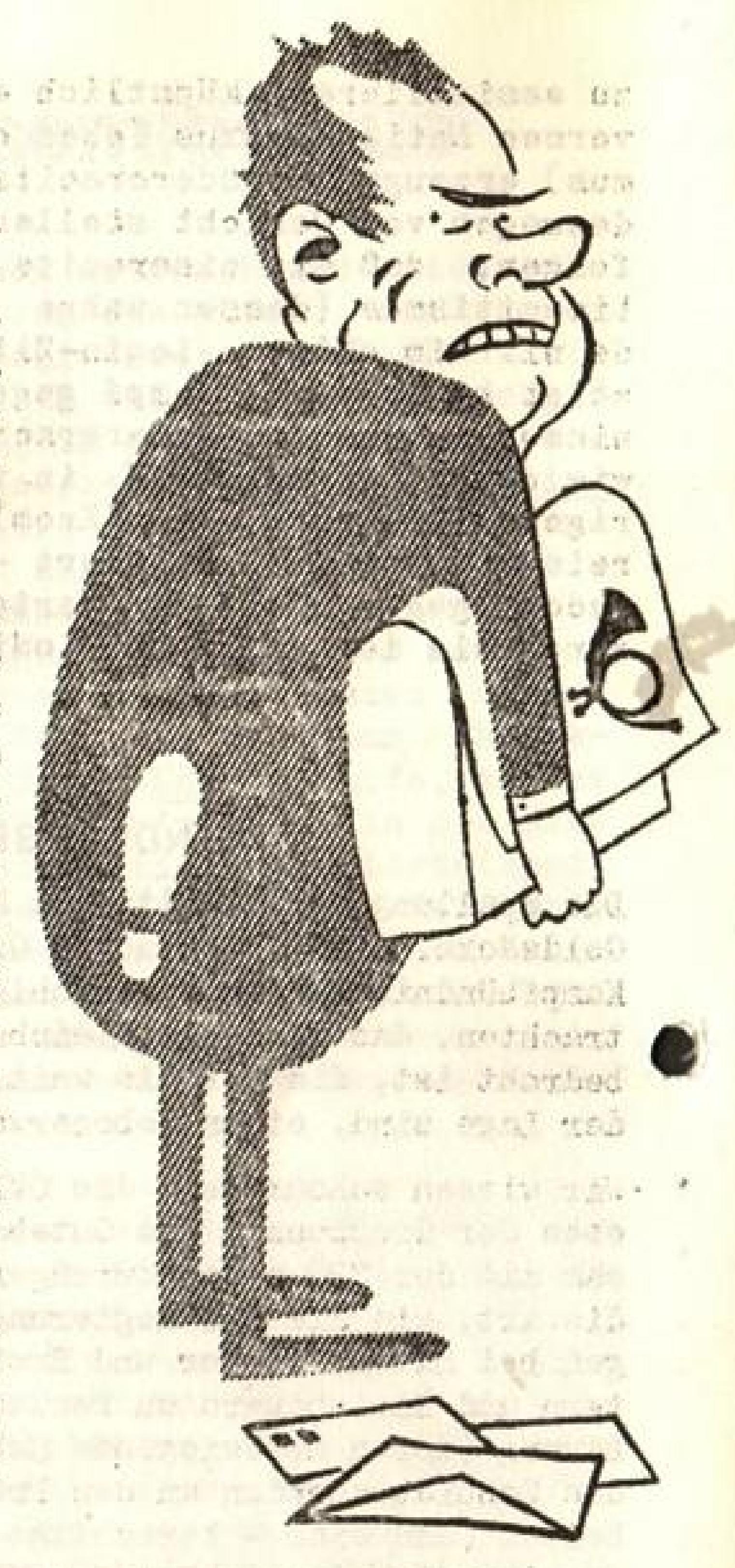
Liebesgrüße an die Mörder

Die Helden sitzen. Sie sitzen in nordvietnamesischen Gefängnissen, sorgfältigst bewacht, ohne geistlichen Zuspruch und womöglich ohne ihr geliebtes Coca-Cola. Zugegeben, sie müssen gewiß nicht hungern und sie werden nicht gefoltert wie etwa die baskischen Guerillas in den spanischen Gefängnissen oder die griechischen Kommunisten auf der Insel Jaros. Aber schon allein der Freiheitsentzug ist Schmach genug für sie. Für sie: die Kreuzritter aus den USA, die 10 000 Kilometer übers Meer geflogen kamen, um Recht und Freiheit und übrigens auch Bomben, Napalm und Raketen nach Asien zu bringen. Es ist ein teuflisches Geschick, daß sie über Vietnam von Vietnamesen abgeschossen und hinter vietnamesischen Gardinen, wenn man so sagen darf, eingebuchtet wurden. Aber was noch ärger ist, man anerkennt sie nicht als Kriegsgefangene, man nennt sie Luftpiraten, nur weil sie am nichterklärten Luftkrieg gegen Nordvietnam beteiligt waren. Ja, man übermittelt ihnen nicht einmal die Briefe, die ihnen aus den USA gesendet werden.

Und deshalb — Gott sei Dank, ist man versucht zu sagen — regt sich nun endlich das Weltgewissen. Von Washington bis Bonn, von Hintermistgstetten bis in die Weltstadt Wien meldeten die Gazetten, daß es unmenschlich, jawohl, unmenschlich sei, den Gefangenen die Briefe ihrer Liebsten vorzuenthalten, denn schließlich haben die amerikanischen Piloten doch nur ihre Pflicht getan.

Gewiß, sie haben manchmal vielleicht ein bißchen übers Ziel geschossen, sie haben mit ihren Brandbomben ganze Städte eingeäschert und die mühsam aufgebaute Industrie Nordvietnams zerstört, sie haben mit ihrem Napalm Tausende Vietnamesen, auch Frauen und Kinder, lebendigen Leibes verbrannt, sie haben Tausende andere zeitlebens zu erbarmungswürdigen Krüppeln gemacht, sie haben mit ihren Splitterbomben die Bauern auf dem Reisfeld und die Kinder auf dem Schulweg zerfetzt, sie haben mit ihren Bordwaffen auf alles geschossen, was sich bewegte.

Doch dank der bürgerlichen Presse wissen wir ja nun, was unmenschlich ist. Unmenschlich, das ist, wenn man einem Massenmörder seine Post nicht zustellt.



Exklusives aus Moskau

Rußland. Dieser Name strapazierte jahrzehntelang die Magennerven von Kaisern und Königen, denn Rußland war ein Symbol, Rußland war die Hoffnung der unterdrückten Völkermassen. Wenn jemand „Rußland" sagte, dann meinte er Revolution, Arbeitermacht und Kommunismus. Heute ist das freilich anders. Seitdem sich im Kreml ein paar geschäftstüchtige Polit-Manager niedergelassen haben und das Erbgut Lenins verschachern, hat Rußland für die gekrönten Häupter seine Schrecken verloren; es ist für manch erlauchten Fürsten sogar zu einer anregenden Urlaubsattraktion geworden. Zum Beispiel für die Kaiserin Farah Diba, die in letzter Zeit recht häufig einen Hupfer nach Moskau macht, um entweder die reizenden Zwiebeltürmchen eines Klosters zu bewundern oder in einer Nutriafarm die dort gezüchteten possierlichen Tierchen in Form eines entzückenden Pelzmäntelchens an ihr liebendes Herz zu drücken.

Rußland, einst beispielgebend für die Völker der Welt, ist heute auf anderem Gebiet führend. Die Kaiserin selbst hat es bestätigt: „Rußlands M o d e ist heute beispielgebend für die ganze Welt." Und dieses Lob hat Gewicht, denn Ihre Majestät gehen ja schließlich nicht nur in Moskau, sondern auch bei den bekanntesten Couturiers von Paris aus und ein, Majestät müssen also wissen, was exzellent und teuer ist. Den russischen Modezaren jedenfalls wird dieses höchst schmeichelhafte Werturteil ein Ansporn sein, um noch mehr und noch besser ins Geschäft zu kommen. Falls wir uns diesbezüglich einen bescheidenen Vorschlag erlauben dürfen: Nachdem die Herrenmode noch immer ein bisserl vernachlässigt wird, könnte man gerade in dieser Sparte Beispielhaftes für die oberen Zehntausend in aller Welt schaffen. Der Gemahl der Kaiserin etwa, Schah Pahlewi, ist zwar bei Staatsakten recht prächtig gekleidet, was aber trägt er privat in seiner mit Amethysten verzierten gläsernen Badewanne? Eine Badehose aus sibirischem Tiger würde hier einen Hauch echter Männlichkeit zaubern, desgleichen allenfalls eine Brusthaarperücke aus dezent gekräuseltem südrussischem Karakul.

Aber zerbrechen wir uns nicht die Köpfe der Mode- und sonstigen Zaren. Es wird ihnen schon etwas Passendes einfallen, um das persische Herrscherpaar auch weiterhin modisch und politisch zufriedenzustellen. Und hoffen wir, daß in Persien nicht eines Tages eine Revolution ausbricht, denn sonst verliert die Moskauer Haute Couture ihre exklusivste Kundschaft.

Verräter suchen Alibi

Immer erbärmlicher und verachtungswürdiger zeigt sich jener "Sozialismus", den uns die Revisionisten in den von ihnen auf den kapitalistischen Weg rückgeführten Ländern vordemonstrieren. Vor kurzem tagte der sogenannte "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" und verkündete dabei offen die katastrophale Wirtschaftspleite, die von den Titoisten herbeigeführt wurde und ihren lebendigsten Ausdruck in dem Massenexport arbeitsloser Werktätiger findet. In Polen verteuerten die revisionistischen Machthaber die Lebenshaltung der Massen mit einem Schlag um 20 Prozent und versuchten die gerechte Empörung der Arbeiterschaft in einem Blutbad zu ersticken. In der Sowjetunion, die aus dem ersten sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt in eine sozialimperialistische "Supermacht" verwandelt wurde, dürfen die arbeitenden Menschen ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende noch immer durch Schlangestehen nach Lebensmitteln und Massenbedarfsartikeln ihre Freizeit gestalten;und um den gerechten Volkszorn von sich abzulenken, peitschen die neuen Zaren - getreu nach dem Vorbild der alten - antisemitische Wellen hoch. Da suchen denn die Revisionisten vom Höchstädtplatz krampfhaft nach einem Alibi.

Am 25. Dezember brachte die "Volksstimme" einen Leitartikel, in dem sie die Kühnheit hatte, die Kreml-Renegaten als Führungskraft "des großen und immer stärker werdenden sozialistischen Lagers" hinzustellen, das "von der DDR bis Volkschina, von Polen bis Albanien" reiche. Die sich immer mehr festigende Herrschaft der Arbeiterklasse in China und Albanien und die immer augenfälligeren Wirtschaftserfolge dieser wirklichen Volksrepubliken sollen also herhalten, um die Entartung und den Bankrott der modernen Revisionisten, die das sozialistische Lager längst verraten und verlassen haben, zu verhüllen!

Zur selben Zeit verkündete die "Volksstimme" in großer Aufmachung auf der ersten Seite, China und die Sowjetunion hätten sich über die Schiffahrt auf den Grenzflüssen geeinigt. In Wirklichkeit hat sich die 16. reguläre Konferenz der gemischten chinesisch-sowjetischen Schiffahrtskommission nach fünfmonatigen völlig ergebnislosen Diskussionen am 19. Dezember vertagt; man kam lediglich darin überein, irgendwann im Jahre 1971 die 17. Konferenz abzuhalten. Die seriösen bürgerlichen Zeitungen haben die Falschmeldung der TASS auf Grund des Tatsachenberichts der Hsinhua richtiggestellt. Doch das Revisionistenblatt blieb bei der Lüge, um den Eindruck zu erwecken, daß sich der Hauptkomplize (und zugleich Hauptrivale) des US-Imperialismus bei dem Versuch einer Neuaufteilung der Welt unter die "Supermächte" zu einer friedlichen Haltung gegenüber Volkschina bequemt hätte!

Am 6. Jänner meldete die "Volksstimme" in einem Zweispalter: "Chile nahm Beziehungen mit Volksrepublik China auf. Beziehungen zu Tschiang Kai-schek abgebrochen." Die Heuchler vom Höchstädtplatz möchten von den außenpolitischen Triumphen des sozialistischen China "mitprofitieren". Sie wollen dabei vergessen machen, daß sie konsequent die chinesische Inselprovinz Taiwan nach Washingtoner Sprachregelung "Nationalchina" zu nennen pflegten und erst unlängst der österreichischen Regierung den absurden "Rat" erteilten, gleichzeitig die Volksrepublik China und die Tschiang-Clique "anzuerkennen"! (Siehe "Der Kommunist", Nr. 33 und 44)

Die Fotoausstellung der VRA "China heute" zeigte, welchen gigantischen Aufschwung die Volkswirtschaft Chinas genommen hat und welchen tiefen Eindruck das auf die österreichische Bevölkerung macht. Am 5. Jänner fühlte sich auch die "Volksstimme" bemüßigt, davon Notiz zu nehmen. Unter dem Titel "China: Wirtschaftsaufschwung" brachte sie eine (übrigens um wesentliche Stellen verkürzte und hauptsächlich auf die Außenhandelsentwicklung reduzierte) Meldung der amerikanischen Agentur AP und glaubte wohl, damit den Anschein erwecken zu können,als hätten an diesem Aufschwung die Revisionisten irgendein Verdienst. In Wirklichkeit ist der neue "Große Sprung vorwärts", zu dem die chinesische Volkswirtschaft angesetzt hat, gerade das Ergebnis der welthistorischen Siege der Großen Proletarischen Kulturrevolution über den Revisionismus!

Das Alibi ist euch mißlungen!

AUS DER ORGANISATION

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER WIENER ORGANISATION

Auf der Tagesordnung unserer Mitgliederversammlung am 9. Jänner 1971 standen in erster Linie die Erörterung der politischen Lage, Beurteilung unserer Aktivitäten im abgelaufenen Jahr sowie die Erstellung eines Arbeitsplanes für die nächste Zukunft.

Was die internationale politische Situation betrifft, so könnte man bei oberflächlicher Betrachtung zu dem Schluß kommen, daß die weltbewegenden Ereignisse, die uns während des vergangenen Jahres zu verstärkter Aktivität veranlaßt haben, momentan weniger auffällig in Erscheinung treten. Daß das aber nicht der Fall ist und die weltweite Krise des Imperialismus und Sozialimperialismus weitergeht, zeigen nicht nur die siegreichen Kämpfe der indochinesischen Völker, sondern auch die jüngsten Ereignisse in Polen, wo die arbeitende Bevölkerung einen mutigen Kampf gegen die herrschende Revisionistenclique geführt hat. Diese Geschehnisse in Polen haben uns wieder bestätigt, in welcher tiefen Krise der Sozialimperialismus sich befindet, daß der moderne Revisionismus mit den russischen Revisionisten im Mittelpunkt zum Bankrott verurteilt ist. Tatsache ist, daß die Klassenwidersprüche sich ständig und überall verschärfen.

Der Schwerpunkt für unsere Argumentation liegt aber zur Zeit, bedingt durch die Kreisky-Regierung, in Österreich. Daß Kreisky ebenfalls ein Diener des Kapitals ist, erkennen auch die österreichischen Arbeiter immer mehr. Unsere Aufgabe ist es nun, der von Kreisky verratenen Arbeiterschaft dieses Erkennen zu erleichtern und sie gleichzeitig für unsere Ideologie zu gewinnen. Was bedeutet, daß wir auch weiterhin all unsere Kräfte einsetzen müssen, um dieses Ziel zu erreichen.

Die anläßlich dieser Mitgliederversammlung erstellte Bilanz für das Jahr 1970 hat uns bestätigt, daß wir auf politischer Linie den richtigen Weg gegangen sind und unsere Organisation sich wesentlich vergrößern und festigen konnte. Die Gründung einer politisch gut fundierten Landesorganisation in Kärnten beweist, daß wir sowohl mit unseren Aktionen als auch mit unserem Zentralorgan "Für die Volksmacht" im gesamten Bundesgebiet immer mehr Anklang finden. Erfreulich ist vor allem die Tatsache, daß es hauptsächlich die Jugend ist, die sich uns anschließt.

Die Aktionen, die zur Popularisierung und Vergrößerung unserer Organisation im abgelaufenen Jahr hauptsächlich beigetragen haben, waren:

1.) Kampagne zum aktiven Wahlboykott anläßlich der Nationalratswahlen am 4. März 1970
2.) 1. Mai-Kundgebung
3.) Kambodscha-Demonstration
4.) Kampagne zum aktiven Wahlboykott anläßlich der Nachwahlen zum Nationalrat
5.) Fotoausstellung "CHINA HEUTE"
6.) Demonstration für die Freiheit der Basken und Überreichung eines Protestschreibens an die spanische Botschaft.

Zu unseren nächsten Aktionen im Jahre 1971, die man bereits auf längere Sicht planen kann, gehören:

1.) 100. Jahrestag der Pariser Kommune am 18. März 1971
2.) 1. Mai-Kundgebung

Alle unsere Mitglieder und Sympathisierenden sollen sich nach besten Kräften an den Vorbereitungsarbeiten beteiligen.

Allen Genossen, Freunden und Lesern empfehlen wir dringendst das Studium der DREI STÄNDIG ZU LESENDEN SCHRIFTEN DES VORSITZENDEN MAO TSETUNG.
Einzeln erhältlich ...... à S 2.--.

Enthalten auch in dem Sammelbuch FÜNF SCHRIFTEN DES VORSITZENDEN MAO TSETUNG .... S 5.--.

Im Mittelpunkt unserer gesamten Arbeit im Jahre 1971 wird jedoch die ideologische Schulung der neu hinzugekommenen Mitglieder stehen. Wir betrachten es aber als eine Selbstverständlichkeit, daß sich auch unsere langjährigen Mitglieder zwecks Vertiefung bzw. Auffrischung ihrer ideologischen Kenntnisse an den Schulungskursen, die derzeit jeden Donnerstag ab 19 Uhr in unserem Lokal, 1080 Wien, Schönborngasse Nr. 6, abgehalten werden, beteiligen. Denn nur das ständige und intensive Studium der Lehren des Marxismus-Leninismus und der Ideen Mao Tsetung gibt uns Gewähr, daß sich in unsere politische Linie keine Fehler einschleichen oder wir trotz positiver Einschätzung in Selbstgefälligkeit verfallen. Mit der richtigen ideologischen Einstellung wird es für uns zweifellos leichter sein, die kommenden Aufgaben zu bewältigen.

Unsere Hauptaufgabe für das Jahr 1971 ist und bleibt aber die politische Arbeit in den Betrieben. Hier müssen wir unsere Arbeit noch besser und noch intensiver gestalten, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

CHINA- Ausstellung der VRA in Kärnten

Die Ausstellung "China heute", die am 27. November in unserem Heim in Wien eröffnet worden war, hatte einen so großen Erfolg, daß sie über die ursprünglich festgesetzte Frist von zwei Wochen hinaus verlängert wurde. Insgesamt zählten wir mehr als 530 Besucher, die sich fast ausnahmslos sehr positiv über das Gesehene äußerten. (Siehe unseren ausführlichen Bericht in "Für die Volksmacht" Nr. 46)

Ab Jänner wird die Ausstellung in mehreren Orten Kärntens gezeigt werden. Unsere junge Kärntner Landesgruppe eröffnet sie zunächst in Friesach, und zwar am 29. Jänner um 17 Uhr im Cafe Petersberg. Die weiteren Öffnungszeiten sind folgende:

Samstag den 30. Jänner ab 8 Uhr durchgehend
Sonntag den 31. Jänner ab 8 Uhr durchgehend
Dienstag den 2. Februar ab 17 Uhr
Mittwoch den 3. Februar ab 17 Uhr

Solidaritätsdemonstrationen für die Basken!

Die Gefühlsduselei, die die gesamte bürgerliche Presse anläßlich des Prozesses in Burgos gegen 16 spanische Freiheitskämpfer anstimmte, ist verstummt. Das "humane" Gefühl unserer Bourgeoisie ist befriedigt. Die Basken werden nicht vor den Augen der Welt erschossen, sondern wie schon tausende spanische Arbeiter und Intellektuelle vor ihnen in den Kerker geworfen. Und das stört die bürgerliche Presse keineswegs.

Die VRA versteht den Kampf der Basken als Teil des Kampfes des gesamten spanischen Volkes gegen den Faschismus. In diesem Sinne führten einige Genossen von uns schon lange vor der Urteilsverkündung einen Protestmarsch durch, weil wir eben den Prozeß an sich als faschistischen Terror verurteilten.

Der Protestmarsch war zwar nicht groß an Teilnehmerzahl, jedoch keineswegs klein an Wirkung. Selbstverständlich haben wir uns auch an andere Organisationen gewendet und sie zu einer Teilnahme an dem Marsch aufgefordert. Es waren Organisationen, die als revolutionär gelten wollten. Aber eben diese "Revolutionäre" waren entweder "beschäftigt" oder hatten Bedenken wegen der geringen Teilnehmerzahl!

Die zweite Aktion gegen den Burgos-Prozeß wurde zwar nicht von der VRA gestartet, doch beteiligten sich viele Genossen an einer Protestkundgebung, die von den sozialistischen Jugendorganisationen durchgeführt wurde. Als unsere Genossen unterstützt von sehr vielen jungen Menschen "Kapitalismus führt zum Faschismus" riefen, versuchten einige sozialdemokratische Bonzen sofort auch den Sozialismus zu diskreditieren, indem sie auf den Leningrader Prozeß ablenken wollten. (Unsere Meinung dazu legen wir in dieser Zeitung auch dar. Artikel: "Revisionismus und Antisemitismus"). Die Engstirnigkeit dieser Postenjäger ist ja nicht mehr zu überbieten und sollte von den ehrlichen jungen SP-Genossen genauer betrachtet werden.

Sehr rührig berichtete die "AZ" am nächsten Tag von Transparenten der Sozialistischen Organisationen gegen den Prozeß. Wir sahen keines, denn unser Transparent "Kapitalismus führt zum Faschismus" war auch das einzige bei der Kundgebung. Ein Foto Der "AZ" zeigt eine Delegation der Sozialdemokraten, die der spanischen Botschaft eine Resolution übergab und dahinter unser Transparent. Auch der naivste "AZ"-Leser wird wohl kaum annehmen, daß die SP-Führung meint, daß Kapitalismus zum Faschismus führt. Der ORF war da schon besser informiert, denn dort hieß es, "die einzige rote Fahne wurde von der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter hochgehalten"!

Leserbriefe

Ich war ursprünglich der Ansicht, daß Ihr in Wien, uns in den Bundesländern abgeschrieben habt. Ich wurde dann aber durch den Besuch eines Genossen aus Wien eines Besseren belehrt. Ich kann mir vorstellen, daß bei der organisatorischen Arbeit unendlich viel Kleinarbeit anfällt, die nicht nur sehr zeitraubend, sondern auch oft wirklich ermüdend ist. Der mich besuchende Genosse hat richtig mitgeteilt, daß ich einen kleinen Zeitungsvertrieb im Bereich der VOEST einrichten will. Ich muß nur etwas vorsichtig agieren, weil ich ja alle Andersgläubigen zum Gegner habe und ich selbst erst seit Mai 1970 im Werk bin. Meine Gegner in absoluter Form sind die Aktivisten der BO der KPÖ, die Vertrauensleute der GE und die Betriebsräte der GE. Die SPÖ- und ÖVP-Leute würden mein Tun zwar nicht begrüßen, aber als nicht direkt betroffen (ihrer Meinung nach) mehr oder minder übersehen. Nachdem, wie ich schon feststellen konnte, bei einer aktiven, offenen Tätigkeit für die VRA, die Aktivisten der KP und der GE sofort bei der SPÖ intervenieren und andererseits bei diesen Leuten eine Hand die andere wäscht, muß ich mich sehr in Acht nehmen. Ich konnte in der Zwischenzeit für 10 Zeitungen Abnehmer finden. Ich habe mir vorgestellt, daß ich monatlich den Verkaufserlös per Erlagschein überweise.

Vom Werk selbst ist derzeit nicht viel zu berichten. Wohl murren die Arbeiter über die hohe steuerliche Belastung, aber da gab es wieder das Weihnachtsgeld und ein Großteil der Unmut war wieder verflogen.

Die politische Arbeit der Gewerkschaftlichen Einheit ist meines Erachtens nur Spiegelfechterei und der Versuch, bei den im Jahre 1972 stattfindenden Betriebsratswahlen vielleicht ein Mandat und damit einen guten Druckposten mehr zu erhalten.

Nun möchte ich zu unserer Zeitung selbst einiges sagen. Sie ist politisch sehr gut aufgebaut, man findet wirklich sehr gute Hinweise zur Argumentation, aber eines fehlt leider, und das sind die Stellungnahmen der VRA zu den tagespolitischen Ereignissen. Die Arbeiter lesen gerne, warum sich die VRA von der KPÖ getrennt hat, was z.B. Engels voraussagte, aber noch viel mehr interessiert unsere VOESTLER, die Einstellung der VRA zur Tätigkeit der SPÖ Regierung, zur Packelei mit der FPÖ, die ohnmächtige Lage der KPÖ und ihre hinterhältige Liebdienerei. Es ist schwer, ich weiß das genau, für eine Monatsschrift, tagespolitisch aktuell zu sein, aber vielleicht kann man in unserer Zeitung die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse, wie z.B. die EXPRESS-Sache politisch verwerten und den Arbeitern näherbringen. Ich bin halt der Meinung, daß die österreichischen Arbeiter den innenpolitischen Angelegenheiten sehr interessiert gegenüberstehen.

F. Oberösterreich

ICH BRAUCHE "ROTE BÜCHER"

Ich bedanke mich für Euer letztes Schreiben, das mir gezeigt hat, daß Ihr Euch um jeden einzelnen sehr viel Mühe gebt....

Was mich sehr überrascht hat, das ist, daß in meinem Bekanntenkreis großes Interesse für das "Rote Buch" herrscht. Darum möchte ich bitte noch zwei Stück bestellen und fragen, ob es möglich ist, daß Ihr mir ein Mao-Bild oder Poster schicken könnt.

L. Niederösterreich

Ich schicke S 30.-- für das Abonnement "Für die Volksmacht". Gleichzeitig möchte ich je ein Jahresabonnement für "China im Bild" und "Peking Rundschau" bestellen. Man könnte mehr Leser für chinesische Literatur werben, wenn die Zustellung besser klappte. Ich habe nämlich einmal in der Goldschlagstraße bestellt, aber leider nichts bekommen.

H. Steiermark

WIESO IST SCHMIDT EIGENTLICH GEGEN DIE DKP?

Der bekannte westdeutsche Rechtspolitiker H. Schmidt (derzeit Bonner Kriegsminister und stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD) verfügt unbestritten über eine Redegewandtheit, welche nicht so leicht zu übertreffen ist. So zog er vor kurzem auf einer Pressekonferenz seiner Partei in München mit gewohnter Vehemenz über die sogenannte "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) her, wobei er als Fazit eine jetzige und spätere Zusammenarbeit der SPD mit der DKP rundweg ablehnte. Mit einiger Verwunderung müssen wir uns fragen: Wieso eigentlich?

Ideologische Unterscheidungsmerkmale zwischen SPD und DKP zu suchen, ist ein geradezu unmögliches Unterfangen. Das Firmenschild DKP ist im wesentlichen nichts anderes als eine immer wieder verrutschende Tarnkappe dieser modern-revisionistischen Gruppierung. Die DKP ist in ihrem Grundgehalt nichts weiter als eine zweite, wenn auch stark verkleinerte Ausgabe der offiziellen SPD. So betrachtet läßt sich also kaum ein Grund finden, welcher ein Zusammengehen SPD-DKP aussichtslos erscheinen lassen würde. Demzufolge muß der wahre Tatbestand anderweitig zu finden sein.

In den parteipolitischen Auseinandersetzungen Westdeutschlands muß sich die SPD immer wieder den Vorwurf gefallen lassen, sie begünstige den Kommunismus oder sei letztlich selbst "kommunistisch orientiert", wobei sich insbesondere die Kiesinger, Strauß, v. Thadden usw. hervortun. Wenn auch CDU/CSU, NPD und SPD gleichermaßen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verhaftet sind, man muß immer und ständig bestimmte Themen aufwärmen, welche den Wähler beschäftigen bzw. täuschen und dabei ist der betonte Antikommunismus anscheinend gerade gut genug. Selbstverständlich ist nun die SPD-Führung ihrerseits bemüht, derartige Unterstellungen mit allen Mitteln zu entkräften, was sie, wie wir seit langem wissen, dem gesamten Tatsachengehalt nach überhaupt nicht nötig hätte.

An dieser Stelle kommt das wirkliche Verhältnis SPD-DKP deutlich zum Vorschein, welches allen Äußerlichkeiten zum Trotz dennoch in objektiver und intensiver Zusammenarbeit besteht! So muß sich die DKP zum Schein in regelmäßigen Abständen bei der SPD anbiedern, womit sie den SPD-Führern reichlich Gelegenheit gibt, ihren (tatsächlich existenten!) radikalen Antikommunismus in aller Welt zu verkünden. So bekamen bei der oben erwähnten Pressekonferenz die SPD-Häuptlinge erneut einen willkommenen Anlaß, "die freiheitliche Ordnung der Bundesrepublik 'kompromißlos gegen alle kommunistischen Irrlehren zu verteidigen'". ("Süddeutsche Zeitung" Nr. 273 vom 14./15. Nov. 1970, S.7, "Absage Helmut Schmidts an die DKP"). Die Worte des Kriegsministers waren natürlich weniger an die Adresse der DKP gerichtet, sie richteten sich aus wahltaktischen Gründen vielmehr an die Bonner "Opposition".

Die DKP ist allgemein zu den Parteien zu rechnen, welche bestrebt sind, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erhalten, sie ist im besonderen ein Wahlhilfeverein für die SPD. Die bewußten Marxisten-Leninisten lassen sich weder durch SCHMITD'sche Scheingefechte täuschen, noch machen sie sich über den wahren (prokapitalistischen) Charakter der DKP Illusionen.

P. Westdeutschland

Schickt mir bitte dieses Jahr wieder Eure beiden Organe. Das ZO habe ich schon vor Wochen bestellt. Fünf DM habe ich damals beigelegt, fünfzehn DM lege ich heute bei, der Rest ist Spende.

Ich lege Euch die Adresse einer Buchhandlung bei, die je zehn Zeitungen bestellen will.

Auf Verlangen kann ich Euch nächstes Mal einen kurzen Bericht über die hiesigen Gruppen schicken sowie auch einige wichtige Publikationen verschiedener Organisationen, das heißt, falls Ihr sie nicht schon habt.

Um eine klare Meinung oder Kritik über Eure Zeitungen geben zu können, habe ich noch zu wenige Ausgaben gelesen.

Also bis bald und vielen Dank für den Brief. Viel Erfolg für das angebrochene Jahr.

S. Berlin

DIE REVOLUTIONÄRE ERHEBUNG DER POLNISCHEN ARBEITER

Das Bild über die Situation in Polen und den Arbeiteraufstand im Dezember vorigen Jahres ist so ziemlich abgerundet. Es ist ein Bild, das den grenzenlosen Verrat der Revisionisten zeigt, aber auch die Tatsache, daß sich die werktätigen Menschen Polens nicht damit abfinden und den revolutionären Kampf auf ihre Fahne geschrieben haben.

Nachdem die Revisionisten mit Gomulka an der Spitze im Jahre 1956 die Macht an sich reißen konnten, wurde die Wiederherstellung des Kapitalismus in einem Tempo vollzogen, wie es in keinem von den Sozialimperialisten beherrschten Land auch nur annähernd der Fall war.

Die kapitalistisch degenerierten leitenden Funktionäre rissen nicht nur die Macht in Staat und Wirtschaft an sich, sie verbanden sich auch mit alten Kapitalisten in Stadt und Land. Der privaten "Klein"industrie wurde "freie Enfaltungsmöglichkeit" gegeben, die landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden praktisch fast alle aufgelöst, der Kauf und Verkauf von landwirtschaftlichen Boden "freigegeben". Damit Hand in Hand ging die Entwicklung von Spekulanten - und Schmarotzertum, das auf Kosten der schwer arbeitenden Massen Reichtümer anhäufte. Die logische Folge der Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse war, daß die Neu - und Altkapitalisten immer reicher wurden, die Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen aber immer drückender. Durch die kapitalistisch anarchischen Zustände stagnierten Industrie und vor allem die Landwirtschaft immer mehr.

Je mehr die Lage schwieriger wurde, desto bedingungsloser unterwarf sich das herrschende Verrätergesindel Polens dem "großen Bruder", der sozialimperialistischen Revisionisten - Clique in Moskau, um bei ihr Schutz gegen die steigende Unzufriedenheit der Massen zu suchen. Die Folge: verstärkte politische und wirtschaftliche Unterjochung durch die russischen Machthaber, deren "Krönung" der Schandvertrag zwischen Warschau und Bonn war, Dieser schuf der wirtschaftlichen Durchdringung Polens durch die deutschen Monopolkapitalisten freie Bahn.

Damit glaubte sich aber die herrschende Clique in Warschau auch genügend abgesichert nach außen - sowohl nach Westen als auch nach Osten - und ging daran, die "Sanierung" der Wirtschaft - auf kapitalistische Art versteht sich - durchzuführen, die zweifellos auch von den "Wirtschaftskreisen" sowohl in Moskau, als auch in Bonn gefordert wurde, um größeren Profit aus ihren Investitionen in Polen herauszuschlagen.

Jede kapitalistische Aktion "zur Gesundung der Wirtschaft" besteht bekanntlich darin, die Konsumkraft einzuschränken, das heißt, praktisch das Realeinkommen der arbeitenden Menschen zu senken. Hatte man in Polen schon bisher durch diverse Neuordnungen und "innerbetriebliche" Maßnahmen versucht die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen, so wurde jetzt zum schweren Schlag ausgeholt: Mit einer Verordnung wurden die Preise für Lebensmittel, Textilien und Kohle - faktisch der lebenswichtigste Massenkonsum - durchschnittlich um 25 bis 30 Prozent erhöht. Gleichzeitig wurde die Weisung gegeben, die Arbeitsproduktivität in den Betrieben so zu erhöhen (sprich die Antreiberei so zu verstärken), daß Überstunden überflüssig würden. Was praktisch eine weitere wesentliche Senkung des Reallohnes bedeutete, da so wie bei uns, auch die polnischen Arbeiter die Überstundenentlohnung zur ohnehin knappen Deckung des Existenzminimums brauchen.

Die herrschenden Kreise in Warschau glaubten besonders schlau vorzugehen, als sie gleichzeitig mit der Erhöhung der Preise für lebenswichtige Dinge beschlossen, diese mit der Senkung der Preise für Kühlschränke, Fernseher u. dgl. zu "kompensieren", als auch die Abschaffung der Überstunden - sozusagen zum "Angewöhnen" - zunächst einmal bei den Werft - und Hafenarbeitern durchzuführen, die nach der Meinung von Gomulka und Co sowieso gut verdienten und im Trubel der Weihnachten auf diese "kleinen Unannehmlichkeiten" vergessen würden.

Die völlige Volksfremdheit dieser Überlegungen wurden den polnischen Machthabern alsbald vor Augen geführt. Schon bisher war die Empörung der polnischen Arbeiterklasse groß, wegen der Ausbeutung, Rechtlosigkeit und nationalen Unterdrückung, der sie unterlag. Hatte sie doch für nationale Unabhängigkeit und Herrschaft der Arbeiterklasse während und nach dem 2. Weltkrieg Ströme von Blut vergossen. Die Dezember-Verordnungen brachten daher bei den zunächst davon betroffenen Arbeitern der Ostseestädte Danzig, Gdingen, Sopot und Stettin den Krug zum Überfließen. Die Arbeiter in den Häfen und Werften stellten die Arbeit ein und zogen zu den Sitzen der Partei, die zu Machtzentren der Revisionisten geworden waren, um gegen die arbeiterfeindlichen Maßnahmen zu protestieren. Ihnen schlossen sich zahlreiche, ob der Senkung der Kaufkraft gerade vor Weihnachten empörten Hausfrauen an. Die "Hoheitsträger" der Revisionisten gerieten in Panik. Ihre Antwort auf den Massenprotest war die typische für jede Ausbeuterklasse in so einer Situation: der Schießbefehl an Polizei und Militär, dem man den Sold vorsorglich erhöht hatte.

Trotz des schonungslosen Vorgehens der Exekutive - das allen Spielarten des Faschismus entsprach - stürmten die erbitterten Arbeiter die "Internationale" singend gegen die in die Menge feuernden Panzer und steckte die zu Unterdrückungszentralen gewordenen Parteihauptquartiere in Brand. Der Höhepunkt der Kämpfe wurde in Stettin erreicht, wo die Arbeit während zehn Tagen stillstand und das Streikkomitee als Arbeiterkommune das Leben in der Stadt beherrschte.

Die Revisionisten sahen mit einmal, daß der Kampfwille der Arbeiterschaft, trotz der Niedermetzelung von weit über hundert Menschen nicht zu brechen war, daß allenthalben in ganz Polen Streiks aufflammten, und daß die Gefahr eines allgemeinen Arbeiteraufstandes heranreifte. Sie versuchte und versucht es noch immer, mit anderen Manövern die Arbeiter zu beruhigen: Die Clique Gomulka wurde über Bord geworfen, die Clique Gierek und Moczar übernahm das Ruder, letztlich wurde auch der Gewerkschaftsbonze Loga-Sowinsky, ein Busenfreund Gomulkas, hinausgeschmissen. Von den 15 Milliarden Zloty, die man den Werktätigen durch die Preiserhöhungen raubte, , machte man einige Milliarden "flüssig", um "Zuckerl" an diverse Schichten der Arbeiter zu verteilen. Damit sollte die zu revolutionären Selbstbewußtsein erwachte Arbeiterschaft aufgespalten werden. Zu gleicher Zeit ließ man durchflüstern, wenn nicht bald Ruhe eintreten würde, sei mit dem Eingreifen Rußlands zu rechnen.

Nun, die Arbeiter gingen - vorderhand - wieder zur Arbeit. Aber mit ungebrochenen Kampfwillen und dem Bewußtsein, dem Klassenfeind, der Revisionistenclique eine schwere Niederlage zugefügt zu haben, indem sie zum Manövrieren gezwungen wurde.

Bezeichnend ist die Reaktion der kapitalistischen Weltmeinung. Das anfängliche , übliche Geschrei "so schaut es aus in den kommunistischen Ländern...", verstummte ziemlich rasch und es blieb nur der wohlgemeinte Vorwurf an die Regierenden in Warschau: "Wie kann man nur so stümperhaft die Ausplünderung der Werktätigen durchführen, das machen wir ja ganz anders." Denn den Kapitalisten des Westens war es klar geworden, daß in Polen sich keine Unruhen für "westliche Freiheit" abspielten, sondern sich der Kampf gegen den wiederauferstandenen Kapitalismus richtete. Und ihre Angst ging dahin, daß dieses Beispiel Schule machen könnte und auch die Arbeiter in den westlichen Ländern "polnisch zu reden" beginnen könnten.

Der Besuch des österreichischen Außenministers Kirchschläger in Polen ist durchaus nicht als Zufall zu werten. Auch Österreich spielt bei der Restaurierung und Festigung des Neo-Kapitalismus in den ehemals sozialistischen Ländern eine wesentliche Rolle.

Der Kampfwillen der polnischen Arbeiter ist nicht gebrochen. Das beweisen ihre ständigen, wirksamen Aktionen, wie sie z.B. jetzt durchgeführt werden, zur Befreiung ihrer verhafteten Kollegen. Die von Moskau gestützten Verräter an der Spitze Polens - ob sie nun Gierek oder Gomulka heißen - werden von den polnischen Werktätigen weiterhin schwere Schläge einstecken müssen und letztlich werden sie von der an revolutionären Kampftraditionen so reichen polnischen Arbeiterklasse , deren Kampflied die "Warczawjanka" weltberühmt wurde, mit Schimpf und Schande fortgejagt werden. Auch in Polen wird die Arbeiterherrschaft wieder hergestellt werden.

Wir senden den polnischen Arbeitern, deren Kampf ein untrennbarer Bestandteil der Weltrevolution ist , unsere revolutionären Kampfesgrüße.

__"Warczawjanka"__

Feindliche Stürme durchtoben die Lüfte
Drohende Wolken verdunkeln das Licht
Mag uns auch Schmerz, mag der Tod uns erwarten
Gegen die Feinde ruft auf uns die Pflicht
Wir haben der Freiheit leuchtende Flammen
Hoch über unseren Häuptern entfacht
Die Fahne des Sieges, der Völkerbefreiung
Führt sicher uns in die letzte Schlacht

Auf, auf zum blutigen Kampfe, bezwinge die Feinde Arbeitervolk
Auf die Barrikaden, auf die Barrikaden,
Erstürme die Welt du Arbeitervolk!